



fen. Ich glaube, daß diese Forderung nirgend in solchem Maße verwirklicht wird wie in den beiden Staaten der Monarchie und auch in dem einen kräftigen nationalen Charakter besitzenden ungarischen Staat. Ich glaube, daß auf den von einem bunten Gemisch von Völkern und Nationen besetzten Gebieten im Südosten Europas die Forderung der freien Entwicklung der Nationen vollständig nicht wird verwirklicht werden können, als dies durch den Bestand und die Herrschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie gewährleistet wird. (Allgemeine lebhafteste Zustimmung.) Wir fühlen uns daher vollständig ein mit den vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten Forderungen und wir werden bestrebt sein, daß in dem in unserer unmittelbaren Nähe liegenden Gebiete dieses Prinzip möglichst verwirklicht werde. Ich kann nur wiederholen, daß wir getreu unserer traditionellen auswärtigen Politik, getreu unserer in unserer Friedensaktion eingetragenen Standpunkte im Verein mit unseren Bundesgenossen bereit sind, alles zu tun, was den Völkern Europas die Segnungen eines dauernden Friedens sichert. Ich bitte, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Allgemeine lebhafteste Zustimmung.)

Wilson's neue Friedensaktion.

„Evening World“ erfährt aus dem Washingtoner Staatsdepartement: Die neue Friedensaktion Wilsons wird bereits in der ersten Februarwoche, unmittelbar nach der Abstimmung im Senat, stattfinden. Die neue Aktion wird in ihren Grundzügen und Vorschlägen bestimmt und entschieden formuliert sein, als die vorausgegangene.

Eine gemeinsame Antwort des Bierzweiges auf die Botschaft Wilsons.

Das Pariser „Journal des Débats“ kündigt offiziell eine gemeinsame Kundgebung der Entente-Regierungen auf die neue Friedenskundgebung Wilsons an. Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten der Entente seien bereits eingeleitet.

Kooselvelt gegen Wilson.

Wie aus Newyork berichtet wird, beginnt Kooselvelt bereits, bitter über die Rede Wilsons zu schimpfen. Er sieht in der Rede lediglich den Wunsch der jetzigen Regierung, ihre jämmerliche Schwäche und Angst zu verbergen.

Bulgarische Gefandter in Berlin über Wilsons Kundgebung.

Der bulgarische Gesandte in Berlin, Tzelenz Stizow äußert sich im Berl. Tglbl. wie folgt: Ich weiß nicht, ob Herr Wilson noch weitere Schritte zugunsten des Friedens machen wird, denn ich habe nicht die Ehre, ihn und seine politischen Absichten zu kennen. Diejenigen, die ihn kennen, versichern, daß er der Mann sei, der seine Schritte vorher wohl überlege, und alle notwendigen Hartnäckigkeit entfalte, um seine einmal unternommene Aktion bis zum Ende zu führen. Wenn das zutrifft, so müssen wir hoffen, daß er seine Bemühungen für den Frieden fortsetzen wird und seine edle Initiative nicht zu einer rein platonischen Tat werden läßt, das um so mehr, da er genügend durchgreifende Mittel besitzt, um sich Gehör zu verschaffen und sogar jede Fortsetzung des Krieges ernsthaft erschweren kann. Er kann z. B. Geld, Munition, Lebensmittel und Rohstoffe zurückhalten, die Amerika jetzt der Entente verschafft, und die bis zum Ende des Jahres 1916 die gewaltige Summe von 20 Milliarden erreicht haben. Eine solche Tat wäre die logische Weiterentwicklung seiner Vorschläge, denn man darf nicht die Worte Lord Kircheners vergessen, der vor seinem tragischen Tode einem Amerikaner gesagt hat, daß die Entente nicht ohne den Beistand Amerikas siegen könne.

Bonar Law zur Wilson-Note.

(Meldung des Reuterschen Büros.) In einer Versammlung in Bristol hat Bonar Law am Mittwochabend, wie man annimmt im Namen des Kabinetts, auf die Botschaft Wilsons Antwort erteilt. Er sagte u. a.: Es ist unangenehm, daß Wilson die Fragen von demselben Gesichtspunkte aus betrachtet wie wir. Das Haupt einer großen neutralen Nation muß eine neutrale Haltung einnehmen. Amerika befindet sich sehr weit entfernt von den Schrecken dieses Krieges, wir befinden uns mitten darin. Wir glauben, daß die Hauptfrage in diesem Kriege die ist, die so alt, als es eine Zeitrechnung gibt, der Unterschied zwischen Recht und Unrecht. Wir glauben und wir wissen, daß dieser Krieg der Krieg unerbittlicher Angrieffslust ist, daß die Verbrechen in der Kriegsführung, die seit Jahrhunderten der Welt unbekannt gewesen sind, klein erscheinen im Vergleich mit dem Grandverbrechen, die Welt durch kaltblütige Berechnung in den Krieg zu stürzen, weil diejenigen, die dafür verantwortlich sind, glauben, er würde sich bezahlt machen. Die Rede des Präsidenten Wilson hat zum Ziel, jetzt Frieden zu erreichen und für die Zukunft den Frieden zu sichern. Das ist auch unser Ziel und unser einziges Ziel. Er hofft, den Frieden durch einen Friedensbund zu sichern. Es wäre unrecht, diesen Vorschlag als völlig utopisch anzusehen. Über diese ganze Frage ist keine abstrakte Zukunftsfrage, sondern sie ist eine Frage auf Leben und Tod in der Gegenwart. Bei Beurteilung der Frage, ob dieses Ergebnis auf dem von Präsident Wilson vorgeschlagenen Wege erreicht werden kann, können wir unmissig die Vergangenheit vergessen. Wie ist es gewesen? Unmittelbar bei Ausbruch des Krieges haben die Deutschen auch jede Schranke beseitigt. Sie haben Verträge zertrüßert, die sie selbst feierlich unterschrieben hatten. Sie haben in der offenen See Minen ausgelegt. Sie haben zu Wasser und zu Lande jedes Verbrechen gegen die Haager Konvention, die sie selbst unterschrieben hatten, begangen. Sie haben gegen Frauen und Kinder Krieg geführt. Sie haben Neutrale ebenso rücksichtslos getötet wie ihre Feinde. In diesem Augenblicke sind sie dabei, die Bevölkerung anderer Völker in Sklaverei zu schleppen, und, schlimmer selbst als das, sie veran-

Oesterreichisch-ungar. Heeresbericht.

Amlich wird in Wien veröffentlicht den 26. Januar. Offizielles Kriegeskommando. Bei der Arme des Generalobersten Cserkanyasz eine von Cserkanyasz geleitete Unternehmung eines deutschen Stoßtrupps. Sonst an der Ostfront (Schliff vom Bryssel nirgends größeres Kampfhandlungen. Italienischer und Südlicher Kriegeskommando. Unverändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

Bulgarischer Heeresbericht.

Generalstabesbericht vom 24. Januar. Magdonische Front. In der Gegend von Strelia Artillerieaktivität. Im Kommando nur an manchen Stellen lebhaftes Artilleriefeuer. In der Gegend des Moglena Artillerie, Maschinengewehr- und Infanteriefeuer. Im Westbalkan schwaches Artilleriefeuer und Tätigkeit in der Luft. Eine feindliche Abteilung vertrieben, längs des rechten Warbanfels vorgezogen wurde aber durch Feuer vertrieben. In der Struma vereinzelt Artilleriefeuer und Patrouillengehe. Rumänische Front. Bei Salaj Artilleriefeuer, bei Tulcea Austausch von Infanterie- und Maschinengewehrfire zwischen unseren Infanterien und feindlichen das nördliche Ufer des St. Georgsarmes haltenden Abteilungen. Gegenüber von Mahmoudieh, Karabussan und Orilawa gestanden wir durch Artilleriefeuer schwache feindliche Abteilungen.

lassen Untertanen ihrer Feinde dazu, gegen ihr eigenes Land die Waffen zu ergreifen.

Alles das ist geschehen, und kein Neutraler ist imstande gewesen, dem ein Ende zu machen. Nicht einmal ist von einer neutralen Macht ein Protest dagegen erhoben worden. Wir müssen also andere Wege einschlagen, wenn wir in Zukunft den Frieden der Welt sichern wollen. Wir haben das deutsche Angebot, in Verhandlungen einzutreten, abgelehnt nicht aus Eroberungslust oder weil uns nach glänzenden Siegen verlangt; wir haben es zurückgewiesen nicht aus haßerfülltem Hass oder aus Mochtsucht, sondern weil ein Frieden, der auf einem deutschen Siege beruhen würde; es wäre ein Frieden, der die militärische Maschine ungedrungen ließe, und wir würden auf dem halben Wege zu dem Erfolge ihrer Einkreisung stehen bleiben. Der Friede würde diese Maschine in den Händen von Mensch. Lassen, die sich seit Generationen auf den Krieg vorbereitet haben, die dieselben Vorbereitungen wieder treffen und die ihnen passende Zeit wählen würden, um die Welt von neuem in die Schrecken zu stürzen, die wir jetzt erleben.

Pressestimmen zur Rede Bonars Law.

In der Rede des englischen Finanzministers Bonar Law findet die Germania am bemerkenswertesten, daß gerade die Engländer, deren heutiger Ministerpräsident die Wilsonschen Ideen direkt ermunterte und bekräftigte, solange sie in weitem Maße waren, sich heute sehr skeptisch, ja ablehnend verhalten. Man sehe darin und sollte das auch in Amerika gebührend beachten, welche wesentliche Unterschied in der Frage des Weltfriedens zwischen Großbritanniens Worten und Taten sei. Der Vorwärts sagt in einem Artikel: Krieg aus Friedensliebe — an der Rede Bonar Law sei so ziemlich alles scharf und verfehlt, bis auf einen Satz, der ungewissheit richtig sei, weil ihn jeder Minister jedes Landes genau so hätte aussprechen können: Die Herzen unseres Volkes sehnen sich nach Frieden.

Pariser Stimmen zur Botschaft Wilsons.

In den Besprechungen der Pariser Blätter über die Botschaft des Präsidenten Wilson herrscht das Bestreben vor, es mit Wilson nicht zu verderben. Man erkennt durchweg seine guten Absichten an und hebt hervor, daß seine allgemeinen Äußerungen über das Nationalitätenprinzip mit den Absichten des Bierzweiges übereinstimmen. Wilson spreche als neutraler Amerikaner, dessen Standpunkt für beide Kriegsparteien unannehmbar sei. Von der reaktionären Presse wird besonders stark der Satz vom Frieden ohne Sieg kritisiert. Für die angegriffene Entente müßte es eine Süßne geben. Figaro schreibt: Man ist über die ungeheure Distanz bestürzt, welche diesen Traum von der Wirklichkeit trennt. Matta sagt, Wilson verkenne alle Lehren der jüngsten Geschichte. Was de Paris erklärt: Wer jetzt Verantwortlichkeit in der Welt will, muß gegen unsere Mörder sein. Libre Parole und Deuore fordern Wilson auf, sich nicht in Angelegenheiten zu mischen, die ihn nichts angehen.

Der Orden Pour le Mérite an den König von Württemberg verliehen.

Der Kaiser hat an den König von Württemberg ein Handschreiben gerichtet, womit er anlässlich seiner 26 jährigen Zugehörigkeit zum Kaiserlichen Regiment Herzog Friedrich Eugen von Württemberg als Chef desselben den Orden Pour le Mérite verlieht.

Verhandlungen über Unterseebootkrieg.

Die Kopenhagener Zeitung Extrablatt schreibt am 19. d. M.: Der Kampf wird wieder auf der einen noch auf der anderen Front entschieden werden, sondern auf dem Meere. Der englische U-Bootkrieg war für die Deutschen der gefährlichste Punkt. Es ist noch nicht ganz sicher, ob sie die durch die Blockade gestellten schwierigen Probleme lösen können. Es ist deshalb nur natürlich, daß es immer tiefer in das deutsche Bewußtsein übergeht, daß England der Feind ist, der getroffen werden muß. Hierfür gibt es aber keine andere Möglichkeit, als den mit aller Kraft und Mäßigkeit so sigelnt geführten Unterseeboot-Krieg. Viel deutet darauf hin, daß der sich hiergegen bisher in Deutschland geltend machende Widerstand überwunden ist. Es wird sich nun zeigen, daß die übermäßige Ablehnung des deutschen Friedensangebotes eine diplo-

matische Ungeschicklichkeit war, die mit den größten Zuhilfenahme Greys und Churchill auf einer Stufe steht. Wenn die Idee einer verstärkten Unterseeboot-Kriegsführung in Deutschland siegt, kann man dies mit Sicherheit der böhmischen und hochmütigen Verbandsnote zuschreiben. Wie stark auch die Friedenssehnsucht der Deutschen war und noch ist, die Verbandsnote müßte die Kriegstendenzen stärken. Geht es nun weiter, so muß der Krieg auf eine solche Weise geführt werden, daß er zum baldigen Abschluß kommt. Gibt es hierfür aber eine andere Möglichkeit als den Unterseeboot-Krieg? In deutschen Marinekreisen ist man der Meinung, daß durch eine Blockade Englands das Inselland in kurzer Zeit von der Umwelt abgeschnitten werden kann. Außer den oerzenten Schiffen, die England nicht erreichen, würde eine viel größere Zahl aus Furcht vor Torpedierungen gar nicht wagen, ins Meer zu gehen... Schwere Betten stehen auch uns bevor.

Amerika und die belgischen Grausamkeiten.

Das Kongreßmitglied Mc. Lenore brachte einen Antrag ein, in welchem ein Bericht der amerikanischen Kommission in Belgien gefordert wird über das, was sich in ihrem Amtsbereich hinsichtlich der angeblichen Grausamkeiten zugetragen habe. Der Antrag besagt: Gerichte über angebliche Grausamkeiten, die von den Besatzungen in Belgien begangen worden sein sollen, sind andauernd in den Vereinigten Staaten verbreitet worden. Der Präsident ist in strenger und ungerechter Weise getadelt worden, weil er diese angeblichen Grausamkeiten in seiner kürzlich erschienenen Friedensnote nicht erwähnt hat. Daher sollte zur Information des amerikanischen Volkes ein Bericht gefordert werden. Der Antrag wird als ein Wunsch aufgefaßt, der bestimmt ist, zu beweisen, daß die Gerüchte über die angeblichen deutschen Grausamkeiten entweder stark übertrieben oder erfunden seien.

Amerika gestattet die Bewaffnung der Handelschiffe.

Das amerikanische Kriegsamt hat verfügt, daß Handelschiffe, welche ausschließlich für die Verteidigung betraffnet sind und den Panamakanal benutzen, ebenso behandelt werden sollen, wie andere Handelschiffe.

Eine blutige Gegenrevolution in Saloniki?

Nach in Wien mit starken Verhärtungen eingelassenen Berichten aus Athen ist in Saloniki eine blutige Gegenrevolution gegen die Benizelischen ausgebrochen, über deren Verlauf infolge der durchgeführten Abspernung Salonikis nur kurze und teilweise unzusammenhängende Nachrichten auf Umwegen durchgeflutet sind. Nach den in Athen eingetroffenen ersten Meldungen wurde die Gegenrevolution in Saloniki von Christodoulos und Ioannu geleitet. Athener Blätter meldeten, daß die Minister der Revolutionsregierung aus Saloniki nach Kreta und Syra geflüchtet seien, während sich Benizelos bei Ausbruch der Revolte an Bord eines im Hafen liegenden französischen Kriegsschiffes begeben habe, da er sich persönlich bedroht fühlte. Unter den Engländern und Franzosen habe die blutige verlaufene Revolte zahlreiche Opfer gefordert, in Saloniki sei eine Panik ausgebrochen, die Bewohner wären auf der Flucht nach Zolaterini und nach der Halbinsel Chalkidiki. Eine Bestätigung erfahren diese Gerüchte bald dadurch, daß die Familien zahlreicher Offiziere, die in der Revolutionsarmee in Saloniki stehen, von dort Telegramme erhielten, in denen diese ihren Verwandten in Athen mitteilten, daß sie wohlbehalten seien. Am selben Tage lief ein Teil der Ententeslotte aus dem Piräus mit dem Kurs nach Saloniki aus. Fünf französische Kreuzer und der englische Dreadnought Ermouth verließen den Hafen, gefolgt von drei französischen und vier griechischen Zerstörern. Weitere Meldungen der Athener Regierungs- und Presse besagten, daß sich die venezianische Armee geradezu in Auflösung befinde. Ein großer Teil der revolutionären Truppen sei in die Wälder von Berria desertiert. Zahlreiche Serben hätten sich diesen Deserteurern angeschlossen. Unbestätigte Gerüchte, die in der Athener Presse verbreitet wurden, meldeten auch von dem Ausbruch einer Gegenrevolution in Mytilene und auf Korfu. Der italienische Dampfer Montenegro, der aus Saloniki im Piräus eingelaufen war, durfte keine Mannschaften ans Land setzen und blieb vollständig abgesperrt, anscheinend, um auf diese Weise das Bekanntwerden der Ereignisse in Saloniki zu verhindern.

Nur eine Schiffschiffahrtlinie von England nach Amerika.

Aus amerikanischen Blättern entnimmt der Welt Parisien, daß die englisch-amerikanische Schiffsverbindung gegenwärtig auf die einzige Linie Liverpool-Halfag beschränkt ist. Als Ursache dafür wird angegeben, daß es leichter sei, alle Vorsichtsmaßnahmen gegen U-Boote im Interesse der Sicherheit des Passagierverkehrs und der Güterbeförderung auf eine einzige Linie zu vereinfachen.

Die italienischen Maßnahmen an der schweizerischen Grenze.

Zürich. Im italienischen Grenzgebiet gegen die Schweiz ist am Montag die Vorposten eingetroten. Italienische Besatzungen aus dem Grenzgebiet werden von der italienischen Polizei zurückgehalten, während die Wallonen und römischen Besatzungen weiter in der Schweiz eintreffen.

Großfürst Nikolaus nicht krank.

Genf. National meldet aus Petersburg über Kopenhagen: Wikjutow, der Führer der Kadettenpartei, soll verhaftet worden sein. Seine Verhaftung habe keinen Einfluß gemacht. Die Volksstimme, die die Redaktion besitzt im Großfürsten Nikolaus einen nützlichen Zusprediger. Der Großfürst soll sich nach eigenen Mitteilungen nicht krank fühlen, so dem in Petersburg, aufhalten, wo er auch

bet den j... scheint in... berufen g... Zu d... Am 23. d... sische Ber... sendem... 7 um das... 20 Meter... Boot schle... Boot lag... Schornstei... rauf zu er... übernomm... daß das... Der... Berstörers... morgens... Unterseebo... Es n... ein andere... Rückgew... Berli... westlich v... deutschen... gingen be... wirksam e... gefährt 10... gelang es... entscheidend... der rechte... fenntest wu... wegen mit... 10 Offiziere... westlich de... gekommen... Januar d... Regimenter... In den K... Offiziere, 2... Kriegsmini... Krieg... geteilt eine... wird den e... kämpfen u... Wenn un... Reserven z... werden. W... wir haben... reichlich un... terien. D... trachten da... zu schlagen... Neue Ham... Buda... die Unfrag... Abkundigun... träge mit... wolle. G... nischen u... geschlossen... Ungarn o... jenen Gar... dem Kabin... gemachte w... schen Kabin... endgültige... Es sei dar... besterender... Präsident... Interesse d... Auseinand... wurde die... genommen... Veränderu... Berlin... Haushalts... Allerhöchst... bracht, in... geworden... akerwärts... Rechnung... eine Bee... waltungen... sollen zw... baltung be... ten sollen... und sollen... ihrer Bor... Zustänge... Mängel, m... ten der U... De. Dreiw... Neuha... B. T. B... eine neue... und Hart...

bei den jüngsten Ereignissen eingegriffen haben soll. Er scheint in Zukunft zu einer immer bedeutenderen Rolle berufen zu sein.

Der Seekrieg.

Zum Seegefecht von Hoofden.

Zu dem Seegefecht von Hoofden erfahren wir noch: Am 23. d. M. gegen 8 Uhr vormittags wurden 9 englische Zerstörer beobachtet, von denen der eine sich im sinkenden Zustand befand. Von den übrigen 8 fuhren 7 um das sinkende Schiff herum, während der 8. etwa 20 Meter von dem Schiff entfernt still lag. Dem sinkenden Boot schienen die Bojen völlig zu fehlen. Das sinkende Boot lag mit der Brücke und der halben Masse der Schornsteine im Wasser. Mannschaften waren nicht darauf zu erkennen, sie sind offenbar von den anderen Booten übernommen worden. Man hatte den sicheren Eindruck, daß das Schiff verloren war.

Reis-U-Boot versenkt!

Der Kommandant des kürzlich in Cadix eingelaufenen Zerstörers Delphin behauptete, am 14. Januar 8 Uhr morgens 14 Seemellen westlich von Huelva das deutsche Unterseeboot U 58 versenkt zu haben.

Es wird hiermit festgestellt, daß weder U 58, noch ein anderes deutsches Unterseeboot in Frage kommt.

Drabtnachrichten.

Rückgewinn des Anfang Januar verlorenen Geländes südlich Niga.

Berlin. Die russischen Angriffe Anfang Januar südwestlich von Niga wurden rasch mit einem massiven deutschen Gegenstoß beantwortet. Am 23. Januar vormittags gingen heiderseits der Na die deutschen Truppen nach wirksam e Artillerievorbereitung auf einer Front von ungefähr 10 km Breite zum Angriff vor. Am Nachmittag gelang es nach erneuter Artillerievorbereitung, in der Mitte entscheidend vorzustoßen. In der Nacht zum 24. gewann der rechte Flügel östlich der Na weiter Boden. Ein Fußsennest wurde ausgehoben und 400 Gefangene gemacht. Gegen Mittag des 24. waren schon 1100 Gefangene und 10 Offiziere sowie 18 Maschinengewehre eingebracht. Auch westlich der Na waren die Truppen erheblich vorwärts gekommen. Der größte Teil des den Russen Anfang Januar überlassenen Geländes ist wieder in deutschem Besitz. Nach Gefangenenangaben kamen von manchen Regimentern, die 3000 Mann zählten, nur 300 zurück. In den Kämpfen beiderseits der Na wurden bisher 14 Offiziere, 2700 Mann zu Gefangenen gemacht.

Kriegsminister von Stein über die Stärke des Vierbundes.

Kriegsminister General von Stein sagte laut Lokalangehöriger einem Vertreter der New York World: Nur der Sieger wird den entscheidenden Frieden diktieren. Wir müssen weiter kämpfen und den Krieg zu Ende führen bis zum Siege. Wenn unsere Feinde glauben, daß Deutschland mit seinen Reserven zu Ende sei, dann würden sie schwer enttäuscht werden. Wir kommen in jeder Beziehung aus mit dem was wir haben und arbeiten in engster Fühlung mit dem österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Kriegsministerium. Dabei unterschätzen wir unsere Feinde nicht, sondern trachten danach ihre starke Seite herauszufinden und sie dann zu schlagen.

Neue Handelsvereinbarungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn

Budapest. Im Abgeordnetenhaus richtete Graf Apponyi die Anfrage an den Ministerpräsidenten, ob er von dem Abkündigungsrecht der Ende 1917 ablaufenden Handelsverträge mit Deutschland und der Schweiz Gebrauch machen wolle. Graf Tisza antwortete, daß zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung eine Vereinbarung geschlossen worden sei, welche jeder Regierung das Recht sichere, daß auf ihre einseitige Forderung, sei es von Ungarn oder Oesterreich, die von der Monarchie geschlossenen Handelsverträge gekündigt werden können. Von dem Abkündigungsrecht sei jedoch Ende Dezember kein Gebrauch gemacht worden. Zwischen dem österreichischen und ungarischen Kabinett werde im Laufe des Jahres 1917 entweder eine endgültige oder provisorische Vereinbarung zustandekommen. Es sei darum noch immer Zeit, die mit dem Ausland bestehenden Handelsverträge zu kündigen. Der Ministerpräsident drückte die Ansicht aus, daß dies Vorgehen das Interesse des Bundes vollkommen wühre. Nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen Graf Tisza und Graf Apponyi wurde die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen.

Veränderung des Ministens der Preussischen Staatsverwaltung.

Berlin. In der heutigen Sitzung des veränderten Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde ein Allerhöchster Erlaß vom 19. ds. Mts. zur Kenntnis gebracht, in welchem erklärt wird, daß der geschäftlich gewordene Ausbau der Staatsverwaltung nicht mehr allorts den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trage. Die Frage sei ernstlich zu prüfen, wie eine Vereinfachung und Verbilligung aller Staatsverwaltungen herbeigeführt werden könne. Zu diesem Zweck sollen zwei erfahrene Staatsbeamte mit der Ausarbeitung von Vorschlägen betraut werden. Diese Beamten sollen sich selbständig ihre Mitarbeiter auswählen und sollen bei ihren Arbeiten nicht an die Befehle ihrer Vorgesetzten gebunden sein. Mit der Prüfung der Vorschlagsangelegenheiten wurde der Unterstaatssekretär Dr. Wügel, mit der Prüfung der Verwaltungsangelegenheiten der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Dr. Drews beauftragt.

Reise in Japan.

New York. (Durch Funkpruch von dem Vertreter des W. T. B.) Associated Press meldet aus Tokio über eine neue politische Krise, daß die konstitutionellen und Nationalisten einen heftigen Angriff gegen das

Kabinett Terashi eröffnen, da es entgegen dem Geist der Konstitution gebildet worden sei. Man erwarte die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Erzente Schenkung in Paris.

Paris. (Meldung der Agence Havas.) Die Kammer hat sich mit 289 gegen 187 Stimmen für die Wählhaltung einer Schenkung entschlossen, um die Interpellationen Ferry und Wronski über die Ereignisse in Griechenland zu erörtern.

Erbeben in Niederländisch-Ostindien.

Soag. Beim Kolonialdepartement ist die Nachricht von einem Erdbeben in Bali in Niederländisch-Ostindien eingetroffen. Tausende von Häusern, darunter die Wohngebäude der Regenten von Gianjar und Bangit fielen dem Erdbeben zum Opfer. Viele Tempel und Kelschauern wurden zerstört. Im Süden von Bali wurden 50 Eingeborene getötet und 200 verwundet. Der volle Umfang des Schadens läßt sich noch nicht überblicken.

Die englischen Arbeiter und der Frieden.

London. Der Kongreß der Arbeiterpartei in Manchester entschied sich dafür, daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz ein internationaler Sozialistenkongreß abgehalten werden sollte, nahm dagegen den Vorschlag, eine Arbeiterkonferenz der Alliierten abzuhalten, nicht an. Außerdem verwarf der Kongreß eine Resolution, in welcher sofortige Friedensvorschläge verlangt werden.

Die Wilson-Verhandlungen begegnen Feindseligkeit bei der Entente.

New York. (Durch Funkpruch von dem Vertreter des W. T. B.) Telegramme aus Washington besagen: In Entente-Kreisen verdrängte sich der erste Eindruck der Wilson-Verhandlungen zu einem Gefühl der Feindseligkeit. Man sagt dort, daß die Wilson-Verhandlungen in den Ländern der Entente noch weiter Stimmungen gegen Amerika hervorrufen werde. — Eine Depesche der New York World weist darauf hin, daß die englischen Diplomaten offensichtlich besorgt über Wilsons Eintreten für die Freiheit der Meere seien und darin die Möglichkeit der Gefährdung der englischen Politik sehen, die den Zweimächtebündnis der Seestreitkräfte für notwendig halten. Dasselbe Blatt meint, in der Wilson-Verhandlungen die begleitenden Anweisungen für ihre Ueberreichung sei nicht erhalten, was eine Antwort nötig mache. Nichts desto weniger erwarte man von beiden Gruppen der Kriegführenden irgend eine Antwort. In den Kreisen des Kongresses wurde die Rede Wilsons von den Demokraten zustimmend aufgenommen, diese brühten sich sogar sehr enthusiastisch aus.

Von Stadt und Land.

Aue, 26. Januar.

Nachdruck der Zeitschriften, die durch ein Anzeigenverbot an demselben Tage 1. Rub. ist — aus dem Anzeiger — nur mit unserer Genehmigung gestattet.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamtes zur freiwilligen Meldung gemäß Paragraph 7 Absatz 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Hilfsdienstpflichtige werden zur Verwendung bei Militärbehörden und Zivilverwaltungen im Besetzten Gebiet für folgende Beschäftigungsarten gesucht:

- 1. Gerichtsdienst, 2. Post- und Telegraphendienst, 3. Maschinen- und Hilfsarbeiter, 4. Bediensteter, 5. Technischer Dienst, 6. Eisenbahndienst, 7. Räder und Schlichter, 8. Handwerker jeder Art, 9. Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitsdienst, 10. Anderer Arbeitsdienst jeder Art, 11. Pferdepfleger, Kutischer, Viehwärter, 12. Sicherheitsdienst (Wachposten, Gefangenen- und Gefangenüberwachung), 13. Krankenpflege.

Hilfsdienstpflichtige mit französischen, slawischen oder polnischen Sprachkenntnissen werden besonders berücksichtigt. Bis zur endgültigen Ueberweisung an die Bedarfstelle des besetzten Gebietes wird ein vorläufiger Dienstvertrag abgeschlossen.

Die Hilfsdienstpflichtigen erhalten: Freie Verpflegung oder Geld-Entscheidung für Selbstverpflegung, freie Unterkunft, freie Eisenbahnfahrt zum Arbeitsort, freie Benutzung der Feldpost, freie ärztliche und kurgartenbehandlung, sowie täglich vier Mark für die Dauer des vorläufigen Vertrages. Die endgültige Höhe des Lohnes oder Gehaltes kann erst bei Abschluß des endgültigen Dienstvertrages festgesetzt werden und richtet sich nach Art und Dauer der Arbeit, sowie nach der Leistung; eine auskömmliche Bezahlung wird zugesichert.

Im Falle des Bedarfs werden außerdem Zulagen gewährt für in der Heimat zu versorgende Familienangehörige. Die Versorgung Hilfsdienstpflichtiger, die eine Kriegsdienstbeschädigung erleiden, und ihrer Hinterbliebenen wird nach besonders geregelt.

Meldungen nehmen entgegen: die Garnisonkommandos Leipzig, Chemnitz, Plauen, Jwardau.

Es sind beizubringen: a. polizeilicher Ausweis, b. etwaige Militärpapiere, c. Beschäftigungsausweis oder Arbeitspapiere, erforderlichenfalls eine Bescheinigung gemäß Paragraph 9 Absatz 1 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (Wahlrecht), d. Angaben, wann der Bewerber die Beschäftigung antreten kann.

Die Meldungen müssen bis spätestens 27. Januar 1917 1 Uhr mittags erfolgen. Die bereits erfolgten Meldungen für Stappendienst sind zu wiederholen.

\* Die Feier des Geburtstages unseres Kaisers wird in Aue, wie aus einer Bekanntmachung des Rates in vorliegender Nummer hervorgeht, durch Musik, Beflaggung der öffentlichen städtischen Gebäude, durch Beflaggen in den Schulen und durch Musik vor dem Stadthause von 12 bis 1 Uhr mittags begangen werden. Die Beflaggung der Stadthause laßt zu wiederholen.

Schulnahe durch eine Kränze in unserer geliebten Aue besonders ein. Für die Musik ist folgende Ordnung vorgesehen: 1. Umhergehender Gesang (Großer Gott wir loben Dich) von W. Volz, 2. Duvertüre 3. Oper: Martha von Flotow, 3. Gavotte über das Blut: Die Nacht am Rhein von Weßling, 4. Wiener Walzer, Walzer von J. Strauss, 5. In Teue fort! Großes kriegerisches Torgemälde von Klees, 6. a) Deutschlands Waffenehre, Marsch von Blankenburg und b) Deutschlands Ruhm, Marsch von Schöber. An der Bürgerkassette liegt es nun, durch rege Teilnahme an den Schulfeiern und Beflaggung der Häuser innigst und freudigen Herzens an der Geburtstagsfeier für unseren allgeliebten Kaiser teilzunehmen.

Wahlrecht am Geburtstag S. M. des Kaisers.

a) Schalterdienst: Vormittags wie Sonntags, nachmittags von 5 bis 1/2 6 Uhr. b) Postdienst: Briefbestellung vormittags und nachmittags je einmal. Paketbestellung vormittags. Landbestellung vormittags. c) Briefkastenreinigung wie an Werktagen.

\* Warenmarkstempel Bei der Entrichtung des Warenmarkstempels durch Bank- und Postämter ist zu beachten, daß der Stempelbetrag von 10 Pfg. nur für je volle 100 Mark zu entrichten, also die Summe der stempelpflichtigen Zahlungen nach unten abzurunden ist. Zum Beispiel sind bei einem Umsatz von 81780 Mark nicht 81 Mark 78 Pfg., sondern nur 81 Mark 70 Pfg. zu entrichten. Die vielfach vorkommende Entrichtung höherer Steuerbeträge verursacht bei der Vereinnahmung des Warenmarkstempels beauftragten Steuerstellen unnötige Mehrarbeiten.

Preisbeschränkung für Ausbesserung von Schuhwaren.

(Amtlich.) Durch eine Verordnung des Bundesrates vom 25. Januar 1917 wird die Ausbesserung von Schuhwaren einer ähnlichen Preisbeschränkung unterworfen, wie sie schon bisher für den Verkauf solcher Waren galt. Von der Festsetzung von Höchstpreisen ist mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des Materials und die kräftigen Schwankungen des Lohnes abgesehen worden. Für die Preisberechnung, die lediglich die Herstellungskosten, einen angemessenen Gewinn einschließen darf, sind die von der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise aufgestellten Richtsätze maßgebend. Angaben über die Reparaturpreise und ihre Berechnung sind im Laden auszuhängen. Außerdem ist der ausgebefferte Ware ein mit der Bezeichnung der Firma oder des Namens des Unternehmers der Reparatur versehener Begleitschein beizufügen, aus welchem die Art der Ausbesserung und der berechnete Preis sowie die Zeit der Ausbesserung (Jahr und Monat) zu ersehen sind. Bei Vermutung übermäßiger Preisforderung kann schiedsgerichtliche Festsetzung der Preise beantragt werden. Das Schiedsgericht ist das gleiche, welches auch Streitigkeiten über die Verkaufspreise von Schuhwaren entscheidet (§ 8 der Bekanntmachung über Preisbeschränkung beim Verkauf von Schuhwaren vom 28. September 1916). Auch Anrufung und Verfahren sind in derselben Weise geregelt, wie in der genannten Verordnung.

Melkenbach. (Stiftung.) Herr Fabrikbesitzer Albert

Beck hier hat dem Rate der Stadt den Betrag von 20000 Mark zu wohltätigen Zwecken mit der Bestimmung übergeben, daß der Betrag als Albert- und Eise-Beck-Stiftung angelegt werde.

Kirchennachrichten.

Friedenskirche zu Aue.

Sonntag, 28. Januar, vorm. 9: Hauptgottesdienst mit Predigt. Mitfeier von Kaisers-Geburtstag. Kirchensorgefänge. Kollekte für die Soldatenheim. — Mittwoch, 31. Januar, abends 8: Kriegsdankgottesdienst. U. Gebot. Beichte und Abendmahl.

Katholische Kirche.

Sonntag, 28. Januar, früh 7: Messe. Vorm. 9: Messe und Predigt in der Gottesackerkirche in Schwarzenberg. Nachm. 1/3: Andacht mit Gebeten für den Kaiser. — Wertags Hg. Messe vorm. 8.

Evangelische Kirche.

Sonntag, 28. Januar, vorm. 9: Hauptgottesd. Mitfeier von Kaisers Geburtstag. Preis des heiligen Abendmahls. P. Böhm. Nachm. 1: Abendgottesdienst. P. Friedrich. Nachm. 2: Taufgottesdienst, P. Friedrich. Abends 7: Jungdeutschlandabend in Schmidts Gasthof, veranstaltet vom Ortsausschuß für nationale Jugendpflege. — Mittwoch, 31. Januar, nachm. 1/3: Taufgottesdienst, P. Böhm. — Donnerstag, 1. Februar, abends 1/2 9: Kriegsdankgottesd., P. Böhm.

Abendmahl. Sonntag, 28. Januar, vorm. 9: Hauptgottesdienst, Mitfeier von Kaisers Geburtstag, Feier des heiligen Abendmahls, P. Friedrich aus Hohenstein.

Amtl. Bekanntmachungen.

In Aue soll der Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers am Sonnabend den 27. Januar 1917 gefeiert werden durch Musik, Beflaggung der öffentlichen städtischen Gebäude, Beflaggen in den Schulen und Beflaggen vor dem Stadthause von 12—1 Uhr. Unsere Einwohnerschaft bitten wir, den vaterländischen Festtag durch reiche Beflaggung der Häuser auszuzeichnen. Aue, den 25. Januar 1917. Der Rat der Stadt. Jeßmann, Bürgermeister.

Aue. Preisverzeichnisse.

Wir verweisen nochmals auf unsere unten unter 4 abgedruckte Bekanntmachung und fordern alle Geschäftsinhaber, die ihre Preisverzeichnisse noch nicht eingereicht haben, auf, dies geschehen lassen zu lassen am

